

Basel-Stadt

Im Grossen Rat stauen sich die Geschäfte

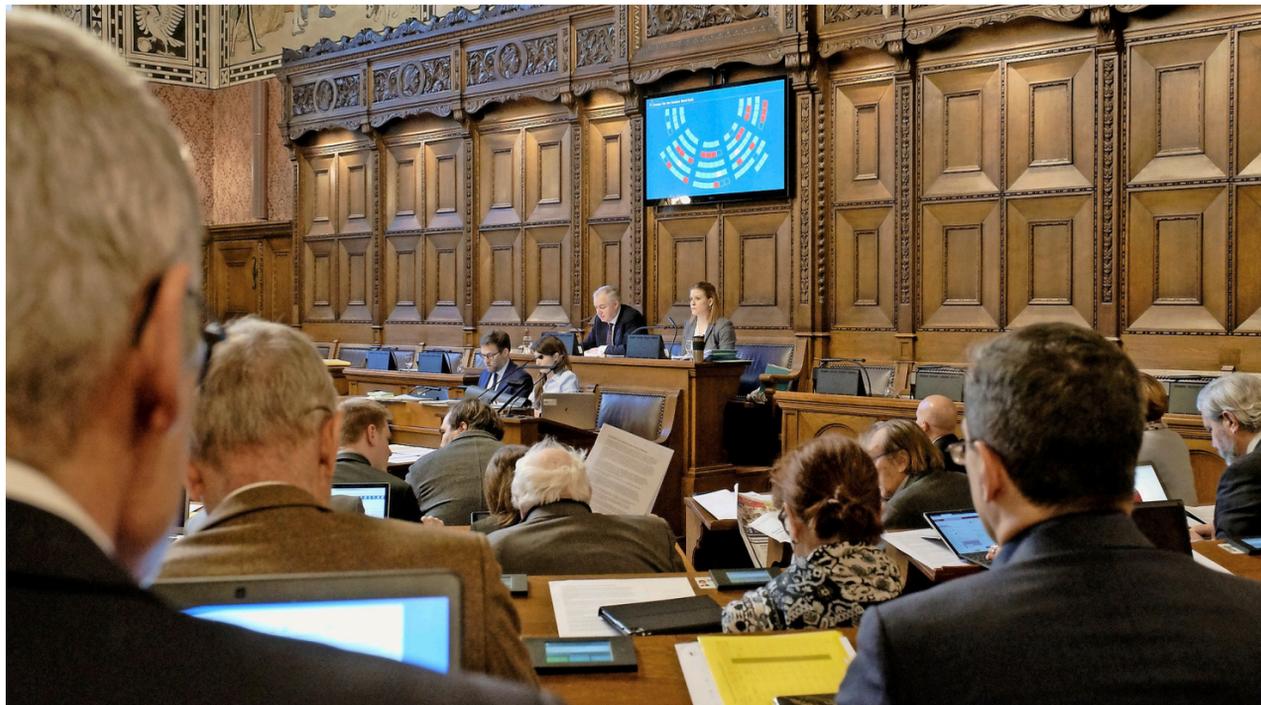
Ratsbetrieb Das Parlament hat für seine heutige Sitzung ein Programm von 120 Geschäften traktandiert. Der Grossratspräsident Heiner Vischer ist alarmiert und fragt sich, wie er den Betrieb beschleunigen könnte.

Martin Regenass

Die Grossrätinnen und Grossräte haben heute ein Mammutprogramm vor sich. Auf der Traktandenliste stehen über hundert Geschäfte. Eines von Grüne-Grossrat Jürg Stöcklin verlangt die Einsetzung einer Spezialkommission zum Klimaschutz. Vor ein paar Monaten hat das Parlament dieselbe Idee von LDP-Grossrat Raoul Furlano verworfen.

Stöcklin antwortet auf die Frage, weshalb es zwei Anläufe für praktisch denselben Vorstoss brauche: «Die ursprüngliche Form des Vorstosses von Furlano als Motion an die Adresse der Regierung war falsch. Sie ist nicht der richtige Adressat, sondern das Parlament ist zuständig für die Einsetzung von Spezialkommissionen. Diese Motion scheiterte aus formalen Gründen. Ich habe deshalb das Anliegen als Anzug nochmals eingereicht.» Stimmt der Grosse Rat dem Anzug zu, wird die Kommission eingesetzt.

Es ist eines von vielen Geschäften, die das Parlament vor sich herschiebt. Das hat eine Diskussion ausgelöst. Sind all die Vorstösse notwendig, oder könnte der Ratsbetrieb effizienter abgewickelt werden? Grüne-Fraktionspräsident Stöcklin sagt: «Es gibt Vorstösse, welche die Grossrätinnen und Grossräte mit einem Telefon an die Verwaltung klären, verbessern oder manchmal sogar erledigen könnten. Schliesslich haben wir Parlamentarier das Recht, bei der Verwal-



Müssen heute bis spät in die Nacht sitzen: Grossräte im Basler Parlament. Foto: Michael Fritsch

lung Informationen einzuholen. Leider gibt es schon oft Vorstösse, die zu wenig durchdacht sind.»

Unnötige Vorstösse

Jener etwa von SP-Grossrätin Lisa Mathys. Sie forderte im Frühling wegen der Klimaerwärmung von der Regierung mehr hitzeresistente Jungbäume in den Wäldern. Ein Anliegen, dessen sich die Förster aber von sich aus annehmen, kennen sie sich

doch mit Bäumen aus. Mathys sah ein, dass sie vor der Einreichung des Vorstosses mit einem Förster hätte telefonieren können. Ihr Anliegen ist nach zeitraubenden Diskussionen vom Rat verworfen worden.

Das war noch vor den nationalen Wahlen im Herbst, die Politikern immer auch Gelegenheit bieten, sich mit Vorstössen zu profilieren. Stöcklin sagt denn auch zu den vielen offenen Geschäften: «Ich habe das Gefühl,

dass viele dieser Vorstösse Reste aus dem Wahlkampf sind. Die Situation wird sich wohl wieder normalisieren.»

Wahlen vor der Tür

Allerdings sind in einem Jahr Regierungs- und Grossratswahlen, und viele Grossräte wollen kandidieren und für sich die Werbetrommel rühren. Ob die Vorstösseflut nach den Wahlen abnehmen wird, ist fraglich. Klar ist: Am meisten Vorstösse im Jahr

2019 hat SP-Grossrätin Sarah Wyss eingebracht. Sie liegt mit 22 Stück vor SVP-Grossrat Joël Thüring (18) und CVP-Grossrätin Andrea Knellwolf (16). Der Durchschnitt an Vorstössen der 100 Parlamentarier liegt bei vier Stück.

2018 hatte Wyss nur fünf Vorstösse eingereicht. Die Wahlen seien nicht der Grund für den Anstieg, sagt sie. «Als Gesundheitspolitikerin und Mitglied der Gesundheitskommission war ich

2018 wegen der Spitalfusion ausgelastet. 2019 hatte ich mehr Zeit, Absprachen zu treffen und meine offenen Ideen einzu-reichen.»

Motion eine Ursache

Grossratspräsident Heiner Vischer (LDP) liegt am Herzen, dass der Ratsbetrieb effizient abläuft und die Pendenzen rasch abgebaut werden. Ein Problem für das schleppende Vorankommen der Geschäfte sieht er bei den Motionen. Die Wirksamkeit dieses politischen Mittels wurde vor ein paar Jahren ausgeweitet. Vischer: «Das Parlament kann den Regierungsrat seither verpflichten, auf einer gültigen Gesetzesgrundlage beispielsweise eine Tempo-30-Zone in einer einzelnen Strasse einzurichten. Früher konnte die Regierung mit einer Motion nur dazu bewogen werden, ein Gesetz zu ändern.»

Auf die Tempo-30-Zonen bezogen heisst das, dass die Regierung ein Gesetz erlassen konnte, das Tempo-30-Zonen in der Stadt überhaupt ermöglicht. Seit die Motion abgeändert worden ist, seien die Einreichungen in die Höhe geschnellt, sagt Heiner Vischer.

Um den Ratsbetrieb zu beschleunigen, sieht Vischer als Möglichkeit eine Einkürzung der Sprechzeit während der Debatten oder eine Eingrenzung der Anzahl an Vorstössen. «Wir klären zurzeit ab, was möglich ist. Verbunden ist das allerdings mit einem längeren Prozess, der einer Änderung des parlamentarischen Reglements bedarf.»

Kids fordern ihre Rechte ein

Engagiert Schüler kreieren Zeitung zum Jubiläum der Kinderrechte.

«Die Kinderrechte sind mega wichtig. Es ist schade, dass das vielen Leuten nicht klar ist», sagt Selma. Die 13-Jährige hat gemeinsam mit zehn Kindern im Primarschulalter eine Pressekonferenz organisiert. Das Thema: Heute vor 30 Jahren wurde die UN-Kinderrechtskonvention ins Leben gerufen. An der Medienveranstaltung erzählen die Kinder von ihren Lieblingskinderrechten – zum Beispiel die 11-jährige Ellen: «Mein Lieblingsrecht ist Artikel 35. Darin steht, dass Kinder nicht entführt oder verkauft werden dürfen. Ich finde es nicht okay, wenn Kinder entführt oder verkauft werden. Auch Kinder haben Familien!»

Zur Feier des 30-Jahr-Jubiläums der Kinderrechte haben die Kinder eine Sonderausgabe der Kinderzeitung «Bebbi Kids» herausgegeben. Die Zeitung wird unter anderem an alle Primarschüler in Basel und im Baselbiet verteilt. Auch für Erwachsene lohnt sich die Lektüre. Es ist spannend zu sehen, wie anders Kinder die Themen, die fast alle im Zusammenhang mit ihren Rechten stehen, angehen. Im Schützenmattpark zählen die Jungjournalisten beispielsweise mehr Zigarettenstummel als Menschen, was sie gar nicht toll finden. Bei einem Arzt des Unispitals informieren sie sich, was geschieht, wenn ein kleines Kind



Jugendreporterinnen interviewen Sterneköchin Tanja Grandits.

diese Zigarettenstummel verschluckt.

Anderer Blickwinkel

«Jedes Kind hat das Recht, seine Meinung zu äussern. Also du, Greta Thunberg, deine Freunde und so weiter», schreiben die Kinder im Zusammenhang mit dem Thema Klimaschutz. Und ein Interview mit Tanja Grandits nimmt eine überraschende Wendung. Die Sterneköchin erzählt von ihrem Werdegang, als, wie aus dem Nichts, die Frage auftaucht, ob sie sich manchmal die Haare färbe. Ein Kniff, den sich auch erfahrene Journalisten merken können. Weshalb nicht den Interviewpartner und die Leser mit einer unerwarteten Frage überraschen?

Die gesamte Existenz der Kinderzeitung basiert ebenfalls auf

Kinderrechten. Schüler forderten vom Regierungsrat, dass sie endlich mitreden dürfen. Daraufhin schuf der Verein Kinderbüro Basel das Projekt «Bebbi Kids».

Eine Erwachsene kam an der Kindermedienkonferenz zu Wort, Mirjam Rotzler, Geschäftsleiterin des Kinderbüros. Auch in der Schweiz gebe es Kinderrechte, die noch nicht richtig umgesetzt seien: «Kinder im Asylverfahren kommen beispielsweise nicht zu ihrem Recht. Sie können nicht per se die Schule besuchen.» Auch dürften Kinder bei Themen, die sie betreffen, viel zu wenig mitreden. Ein kleiner Beitrag, dies zu verbessern, liegt heute in der stolzen Auflage von 150 000 Exemplaren auf. Mehr Infos unter: www.kinderbuero-basel.ch

Dina Sambar

22 Wohnungen für Benachteiligte

Kostengünstig Genossenschaft plant auf dem Lysbüchel einen Neubau im Laubengangtypus.

An der Beckenstrasse 10 im St.-Johann-Quartier will die Wohnbaugenossenschaft Areal einen Neubau mit 22 Wohnungen für benachteiligte Personen erstellen. Darunter versteht sie einkommensschwache Familien, Alleinerziehende, alleinstehende Männer unter 60 Jahren, Menschen mit Behinderungen oder am Rand der Gesellschaft. Die Genossenschaft legt jedoch Wert auf gute Durchmischung, damit kein Ghetto entsteht.

Dies ist einem Baugesuch zu entnehmen, das bis zum 29. November beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat aufliegt. Das Grundstück gehört der Stiftung Habitat, die 2017 das ehemalige Gewerbegebiet Lysbüchel Süd erworben und 2018 eine Ausschreibung für elf Parzellen durchgeführt hat. Es liegt unmittelbar südlich des Areals Volta Nord, dessen Bebauungsplan in der Volksabstimmung vom 25. November 2018 gutgeheissen worden ist.

Das Gebiet zwischen Lothringer- und Beckenstrasse ist bereits eine Baugrube, denn die früheren Coop-Gebäude wurden abgebrochen. Das jetzt vorgesehene Mehrfamilienhaus kommt auf die südöstliche Eckparzelle, der in der abgewinkelten Beckenstrasse mit Sichtverbindung

zur Hüningerstrasse eine Kopffosition zukommt, wie es im Projektbeschrieb heisst. Das Haus erhält gemäss dem Projekt der Architekten Stump und Schibli eine grosse strassenseitige Fassade gegen Osten und Süden sowie eine kleinere gegen den zukünftigen Blockrandhof, von dem aus die Abendsonne eingefangen wird.

Zwischen Strasse und Hof

Das Grundkonzept entspricht einem Laubengangtypus, bei dem die Wohnungen zwischen der Strasse und dem Hof aufgereiht werden. Der Zugang zu den Wohnungen erfolgt über den hofseitigen Aussenraum, der auch eine gemeinsame Loggia darstellt. Im ersten bis vierten Obergeschoss erhalten je vier Einheiten 3,5 Zimmer mit 60 Quadratmetern Fläche, 4,5 Zimmer mit 72 und 5,5 Zimmer mit 101 Quadratmetern. Eingang, Wohnbereich und Küche sind in einem lang gestreckten Raum zusammengefasst, von dem aus die Schlafzimmer sowie Bad und WC erschlossen sind. Mit standardisierten Räumen und minimaler Infrastruktur werde ein kostengünstiges und nachhaltiges Bauen angestrebt.

Im Erdgeschoss werden zum Vorgarten hin je eine 2,5- und

eine 3,5-Zimmer-Wohnung erstellt, das zurückversetzte Attikageschoss enthält drei Wohnungen mit zwei bis zweieinhalb Zimmern auf 40 bis 50 Quadratmetern und eine Einzimmerwohnung. Dort ist auch eine grosszügige Gemeinschaftsterasse geplant. Auf der Strassenseite des Erdgeschosses finden sich zudem ein Gemeinschaftsraum und ein Gewerberaum, genannt Concierge, in dem Dienstleistungen für die Mieterschaft und das Quartier untergebracht werden sollen.

Kosten von 6,7 Millionen

Aufgrund der Rahmenbedingungen der Stiftung Habitat wird der Mietpreis nach dem Zürcher Kostenmietmodell festgelegt. Laut dem Wohnungsspiegel sollen in den 22 Wohnungen 47 Personen Platz finden. Die Energiebezugsfläche ohne Gewerbe beträgt rund 1916 Quadratmeter, was 40,8 Quadratmeter pro Person entspricht.

Die Baukosten werden auf 6,7 Millionen Franken beziffert. Das Wohnhaus soll im Frühjahr 2021 bezugsbereit sein. Allerdings erfolgte die Publikation des Gesuchs rund zwei Monate später als vorgesehen.

Urs Rist